

## Soziale Gerechtigkeit in der EU – Index Report 2016

### Social Inclusion Monitor Europe

Daniel Schraad-Tischler und Christof Schiller

#### Das Wichtigste in Kürze

1. *Soziale Gerechtigkeit in der EU – Verbesserung der Teilhabechancen in der Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten, doch noch immer weit entfernt vom Vorkrisenniveau*

In der Mehrzahl der EU-Staaten hat sich das Maß sozialer Gerechtigkeit im Verhältnis zur Vorjahresausgabe des Social Justice Index (SJI 2015) leicht verbessert.<sup>1</sup> Es scheint so, als sei für die Mehrheit der Länder nach Jahren der Abwärtsentwicklung der Tiefpunkt zwischen 2012 und 2014 erreicht gewesen. Ob es sich um eine echte, stabile Trendumkehr handelt oder nur um eine leichte zwischenzeitliche Entspannung, wird sich erst mit den kommenden Ausgaben zeigen. Zumindest jedoch ist der seit 2008 zu beobachtende Abwärtstrend in Sachen ungleicher Teilhabechancen für die Mehrzahl der Mitgliedstaaten gestoppt. Allerdings sind auch sieben Jahre nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise die Teilhabechancen der Menschen in den allermeisten EU-Staaten – von wenigen Ausnahmen abgesehen – noch immer deutlich schlechter ausgeprägt als vor der Krise. Lediglich fünf der 28 EU-Länder – die Tschechische Republik, Deutschland, Luxemburg, das Vereinigte Königreich und Polen – verzeichnen moderate Zugewinne in Sachen Teilhabechancen im Vergleich zur Situation vor der Wirtschafts- und Finanzkrise.

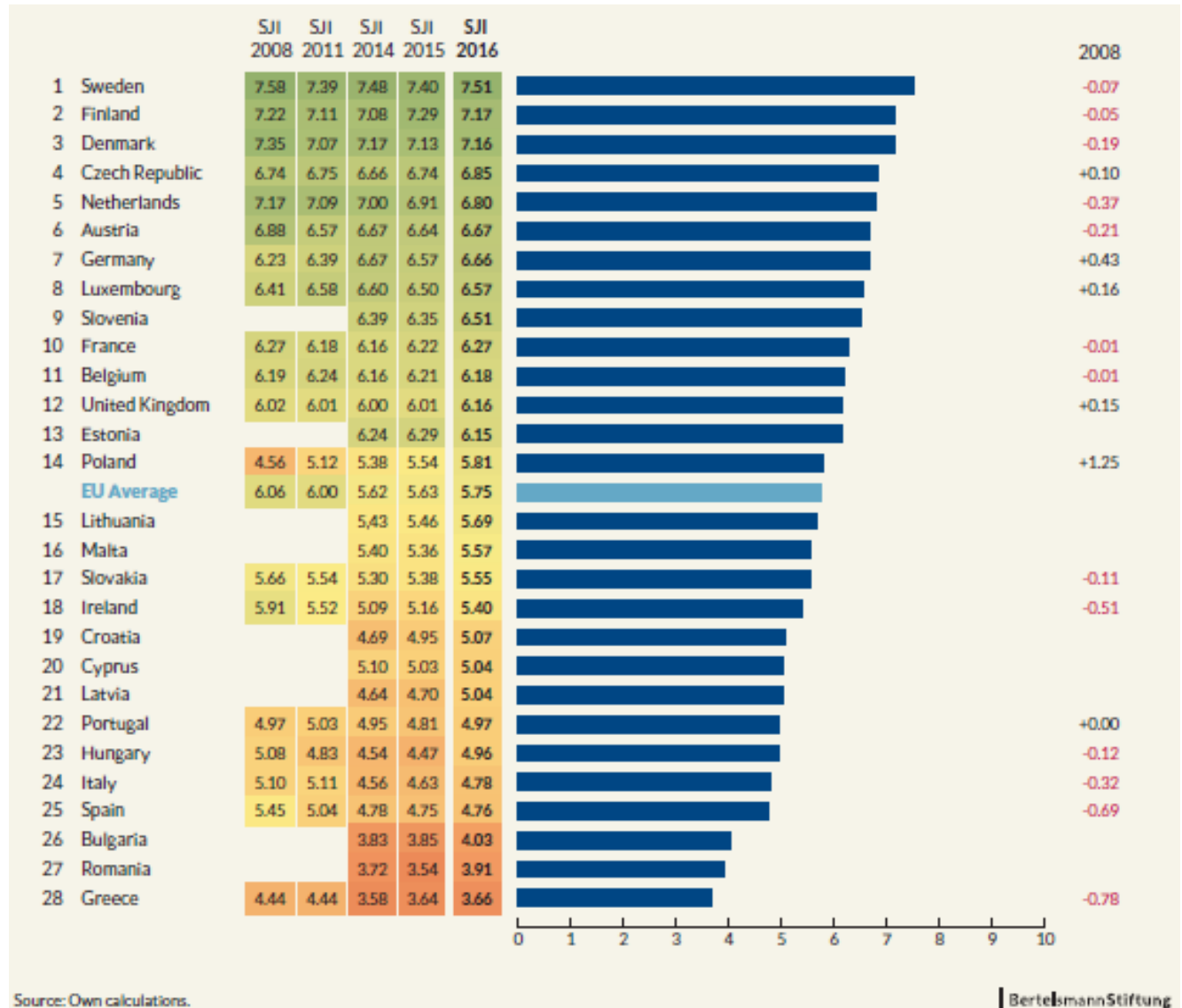
Die für die Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten zu beobachtende leichte Verbesserung im Vergleich zur Vorjahresuntersuchung liegt vor allem an einem Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt. Von den Euro-Krisenländern hat sich dabei insbesondere Irland wieder auf einen stabilen Pfad begeben. Hier hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt deutlich entspannt, auch wenn das Land nach wie vor noch lange nicht das Vorkrisenniveau erreicht hat. Auch in Italien zeigen die Reformen der Regierung Renzi erste positive Wirkungen.

Dennoch kann insbesondere für einige andere südeuropäische Krisenstaaten von einer echten Trendwende in Sachen sozialer Gerechtigkeit noch nicht die Rede sein. So ist zwar auch in Spanien in ökonomischer Hinsicht eine gewisse Stabilisierung erkennbar, doch sowohl Spanien als auch Griechenland verharren in Sachen sozialer Gerechtigkeit auf einem erschreckend schwachen Niveau. Griechenland bleibt das klare Schlusslicht des Vergleichs. Der Abstand zwischen Griechenland auf Rang 28 zu den Ländern Rumänien (Rang 27) und Bulgarien (Rang 26) hat sich sogar erneut vergrößert, da sowohl Rumänien als auch Bulgarien angesichts zurückgegangener Armutsraten einen Aufwärtstrend im Gesamtindex verzeichnen, während Griechenland auf der Stelle tritt.

---

<sup>1</sup> Zur Konstruktion des Index siehe den vollständigen Bericht unter [www.sgi-network.org](http://www.sgi-network.org) sowie die Übersicht über die verwendeten Dimensionen und Indikatoren am Ende der vorliegenden Zusammenfassung (unten S. 12).

### Index Soziale Gerechtigkeit 2016



2. Ausmaß von Armut und sozialer Exklusion weiterhin besorgniserregend – Soziale Kluft zwischen Nord- und Südeuropa bleibt enorm

Die Nordischen Staaten – Schweden, Finnland und Dänemark – können ihre Spitzenposition behaupten. Gemessen an der Situation in den Jahren 2007/2008 haben auch diese Staaten insgesamt Einbußen in Sachen sozialer Gerechtigkeit hinnehmen müssen. Doch im Vergleich zu der viel drastischeren Entwicklung in Südeuropa sind diese Staaten noch immer in einer sehr komfortablen Lage. Bemerkenswert ist allerdings, dass das insgesamt zweitplatzierte Finnland sich seit 2008 kontinuierlich verschlechtert hat, während in Schweden und Dänemark im Vergleich zum Vorjahr wieder ein leichter Aufwärtstrend erkennbar ist.

Auf den Plätzen der erweiterten Spitzengruppe liegen die Tschechische Republik, die Niederland, Österreich und Deutschland. Tschechien punktet mit sehr geringen Armutsraten und überdurchschnittlichen Ergebnissen im Bereich Gesundheit und kommt insgesamt auf Rang

fünf, und auch Österreich (Rang sechs) verfügt in der Gesamtbetrachtung – trotz gewisser Defizite in einigen Feldern (insbesondere Bildung) – über ein hohes Maß sozialer Inklusion. Deutschland kann vor allem dank der weiterhin sehr guten Arbeitsmarktsituation seinen siebten Platz halten, offenbart aber Probleme im Bereich Generationengerechtigkeit. Auch die Einkommensungleichheit sowie das Risiko, von Armut und sozialer Exklusion bedroht zu sein, bleiben in der größten Volkswirtschaft Europas auf einem relativ hohen Niveau.

Der Abstand zwischen der Spitzengruppen der nordeuropäischen Staaten und den südeuropäischen Krisenstaaten hat sich gegenüber der Vorjahresuntersuchung jedoch kaum verringert. Die soziale Kluft zwischen Nord- und Südeuropa bleibt immens. Dies liegt insbesondere an den noch immer erschreckenden Armutszahlen in Griechenland und Spanien: In beiden Ländern konnte der Anteil der von Armut oder sozialer Exklusion bedrohten Menschen im Vergleich zur Vorjahresuntersuchung kaum reduziert werden. In Spanien liegt die Quote bei 28,6 Prozent, in Griechenland sogar bei 35,7 Prozent. Für Kinder und Jugendliche ist die entsprechende Quote sogar noch höher (siehe dazu näher unten).

Generell gilt: Bei der Armutsbekämpfung, bei Fragen der Nichtdiskriminierung von Minderheiten und gefährdeten sozialen Gruppen sowie bei der Generationengerechtigkeit sind in der EU kaum nennenswerte Fortschritte zu verzeichnen. So hat sich zum einen die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen im Berichtszeitraum nochmals leicht erhöht (EU-Durchschnitt 2015: Gini-Koeffizient 31; 2014: 30,9), und auch der Anteil der von Armut und sozialer Exklusion bedrohten Menschen ist EU-weit – trotz eines leichten Rückgangs – noch immer sehr bedenklich. Knapp ein Viertel aller EU-Bürger (23,7 Prozent) gelten derzeit als von Armut oder sozialer Exklusion bedroht. Gemessen an der EU-Gesamtbevölkerung entspricht dies rund 118,8 Millionen Menschen.

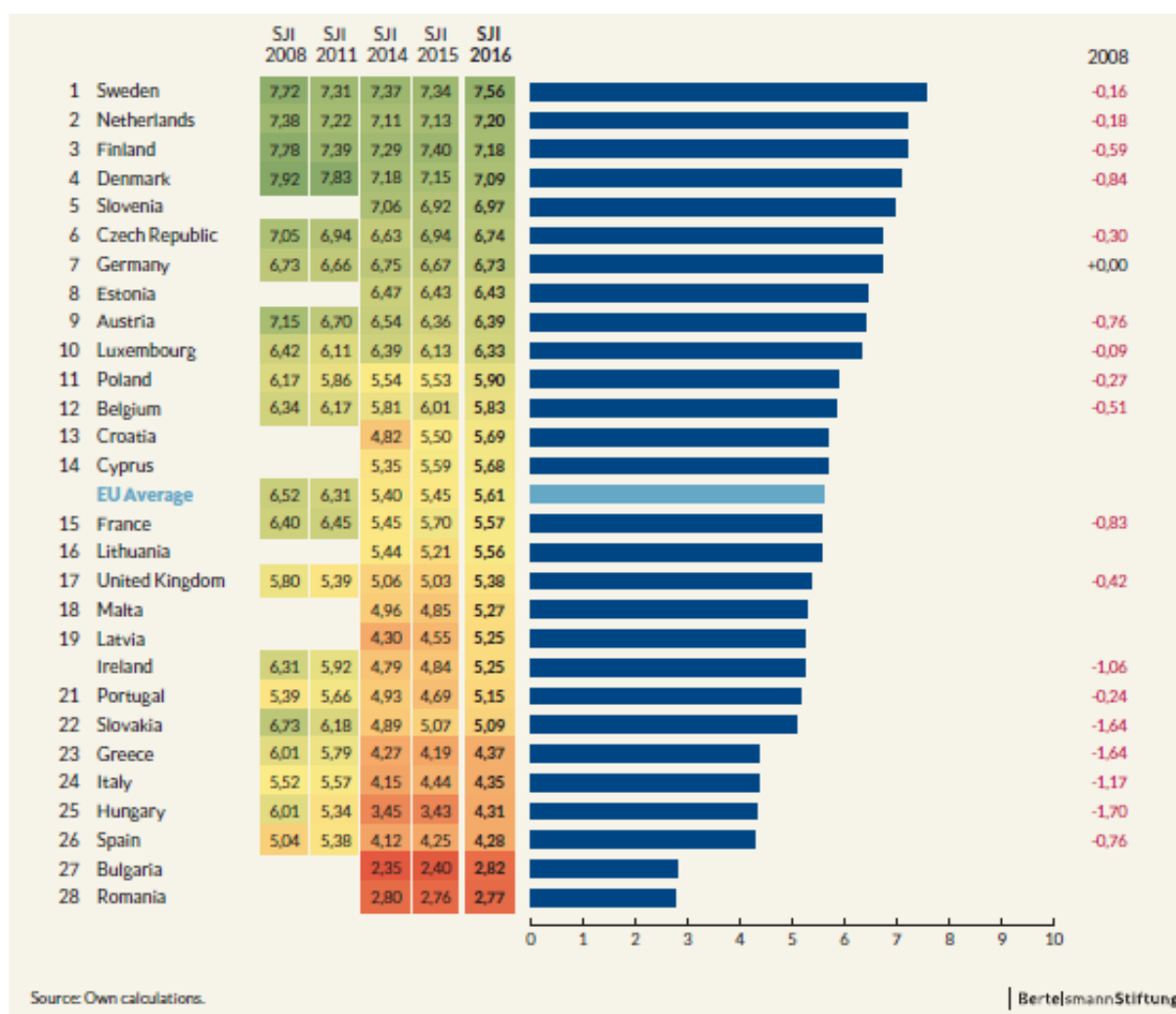
Bedenklich ist weiterhin, dass eine wachsende Zahl von Menschen in Vollzeitbeschäftigung von Armut bedroht ist. EU-weit ist die Quote von 7,0 Prozent im Jahr 2009 auf 7,8 Prozent im Jahr 2015 gestiegen. Dieser Trend trifft auch auf Deutschland zu – und dies, obwohl die Bundesrepublik selbst über die Jahre der Krise hinweg ein regelrechtes „Jobwunder“ in Gestalt wachsender Beschäftigung und abnehmender Arbeitslosigkeit verzeichnete: 2015 waren 7,1 Prozent der Menschen mit einem Vollzeitjob in Deutschland von Armut bedroht – 2 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2009 (2014: 7,5%). Dies verweist auf einen wachsenden Niedriglohnsektor und eine Dualisierung des Arbeitsmarktes – ein Trend, der in vielen EU-Staaten zu beobachten ist. Allerdings bleibt abzuwarten, ob der Anfang 2015 eingeführte gesetzliche Mindestlohns den Trend in Deutschland dauerhaft stoppen oder mildern kann.

Neben einer in vielen EU-Staaten zu beobachtenden Spaltung der Arbeitsmärkte, bleibt nicht zuletzt die hohe Jugendarbeitslosigkeit ein strukturelles Problem in der EU. Wenngleich erste Erfolge beim Abbau der Jugendarbeitslosigkeit erkennbar sind (EU-Durchschnitt 2015: 20,4%, 2014: 22,2%), bleibt diese weit über dem Vorkrisenniveau (EU-Durchschnitt 2008: 15,6%). Auch die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt gelingt vielerorts noch nicht. Vorreiterländer in Sachen Teilhabechancen wie die nordischen Länder Schweden und Finnland schneiden hier ebenfalls schlecht ab.

3. Kinder und Jugendliche sind die Hauptverlierer der letzten Jahre – Kluft zwischen Alt und Jung bleibt immens

In der großen Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten haben sich die Chancen von Kindern und Jugendlichen seit 2007/2008 – teils erheblich – verschlechtert.<sup>2</sup> In keinem Land sind die Teilhabechancen junger Menschen heute besser ausgeprägt als noch in der Erhebung von 2008. Wenngleich auch in diesem Teilindex in der Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten der negative Trend der letzten Jahre vorerst gestoppt zu sein scheint, gibt es sogar immer noch einige Staaten, die sich gegenüber der Vorjahresuntersuchung erneut verschlechtert haben. Besonders die Situation in den südeuropäischen Krisenstaaten Italien, Griechenland und Spanien sowie in den südosteuropäischen Ländern Bulgarien und Rumänien bleibt weiterhin sehr kritisch.

Youth and Child Opportunity Index 2016



<sup>2</sup> Für den hier dargestellten Teilindex wurden vier Leitindikatoren herangezogen: Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren, die von Armut oder sozialer Exklusion bedroht sind; der Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds auf den Bildungserfolg, die Rate frühzeitiger Schulabgänger sowie die so genannte NEET-Rate, die alle jungen Menschen erfasst, die sicher weder in Beschäftigung noch in einer Form von Bildung oder Ausbildung befinden. Siehe dazu näher das Kapitel Methodik in der vollständigen Studie, abrufbar unter [www.sgi-network.org](http://www.sgi-network.org).

Insgesamt spiegelt der Teilindex über die Chancen von Kindern und Jugendlichen recht klar die Länderverteilung des allgemeinen „Social Justice Index“ wider. Am besten schneiden Schweden, die Niederlande, Finnland und Dänemark ab. Interessant ist allerdings, dass sich die größten Rückschritte gegenüber der Ausgabe von 2015 in Finnland und der Tschechischen Republik zeigen, also in Ländern, die insgesamt nach wie vor zur Spitzengruppe in Sachen Teilhabechancen gehören.

Das Armutsrisiko unter Kindern und Jugendlichen hat sich in den meisten südeuropäischen Krisenstaaten im Vergleich zum Vorjahr entweder leider nur leicht verringert oder ist in einzelnen Fällen sogar erneut gestiegen. In Spanien sind noch immer 34,4 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut und sozialer Exklusion bedroht (2014: 35,8 %; 2013: 32,6 %), in Portugal 29,6 Prozent (2014: 31,4 %; 2013: 31,7%). In Italien sind 33,5 % der Kinder und Jugendlichen betroffen (2014: 32,1; 2013: 32 %), in Griechenland liegt die Quote sogar bei erschreckenden 37,8 Prozent (im Vorjahr 36,7 %; 2013: 38,1 Prozent), und der Anteil der von schwerwiegender materieller Deprivation betroffenen Kinder hat sich dort mit einem Anstieg von 9,7 Prozent im Jahr 2007 auf heute 25,7 Prozent sogar mehr als verdoppelt. In Ungarn sind die Zahlen trotz eines zuletzt klar positiven Trends ebenfalls noch besorgniserregend: 36, 1 Prozent der Kinder gelten als von Armut und sozialer Exklusion bedroht (im Vorjahr allerdings sogar noch 41,8 %). Auch in Rumänien (46,8 %) und Bulgarien (43,7 %) ist die Quote nach wie vor sehr hoch, allerdings auch hier mit einem rückläufigen Trend. Auch das schlechte Abschneiden des Vereinigten Königreichs ist auffallend: Hier sind 30,3 Prozent der Menschen unter 18 Jahren von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

Im EU-Durchschnitt gelten derzeit 26,9 Prozent aller Kinder und Jugendlichen als von Armut oder sozialer Exklusion bedroht. Damit liegt die Quote höher als im Jahr 2008 (26,4 Prozent). Allerdings sind derartige Durchschnittswerte für die gesamte EU angesichts der stark unterschiedlichen Bevölkerungsgrößen der einzelnen EU-Staaten schwer zu interpretieren. Betrachtet man dagegen ausschließlich den Anstieg des Armuts- und Exklusionsrisikos in den vier Krisenstaaten Spanien, Griechenland, Portugal und Italien, dann zeigt sich eine deutlich stärkere Steigerung: Der Anstieg allein in den diesen vier Staaten betrug zwischen 2008 und 2015 mehr als vier Prozentpunkte – von 29,1 Prozent im Jahr 2008 auf inzwischen 33,8 Prozent. Übersetzt in absolute Zahlen bedeutet dies, dass in diesen vier Ländern über eine Million (1,1 Millionen) Kinder und Jugendliche mehr von Armut und sozialer Exklusion betroffen sind als noch 2008.

Besonders bedenklich: Seit Ausbruch der Krise hat sich die Kluft zwischen den Generationen erheblich vergrößert. Während der Anteil der von Armut oder sozialer Exklusion bedrohten Kinder seit 2008 angestiegen ist, hat sich dagegen der Anteil der von Armut oder sozialer Exklusion bedrohten alten Menschen verringert: von 23,3 Prozent auf 17,4 Prozent (2015). Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass in den meisten Ländern im Laufe der Krise die Renten und Altersbezüge der älteren Menschen nicht beziehungsweise nicht so stark geschrumpft sind wie die Einkommen der jüngeren Bevölkerung.

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die unter so genannter schwerwiegender materieller Deprivation leiden, ist zudem im EU-Durchschnitt deutlich höher als der entsprechende Anteil unter der älteren Bevölkerung. Der Unterschied beträgt vier Prozentpunkte (9,5 Prozent im Vergleich zu 5,5 Prozent). Materielle Deprivation bedeutet, dass betroffene Menschen schwerwiegende Entbehrenungen hinnehmen müssen und sich grundlegende Bedürfnisse des täglichen Lebens aus finanziellen Gründen nicht mehr leisten können (z.B. eine angemessen beheizte Wohnung oder ein Telefon).

Ein ähnliches Nord-Süd-Gefälle wie bei der Armutsverteilung zeigt sich zudem beim Anteil der jungen Menschen zwischen 20 und 24 Jahren, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen oder sich nicht in beruflicher Ausbildung befinden. Diese so genannte NEET-Rate (NEET steht für „Not in Education, Employment or Training“) ist mit 17,3 Prozent im EU-Durchschnitt noch immer sehr hoch. Dieser Indikator spiegelt besonders deutlich Probleme beim Übergang zwischen Bildungssystem und Arbeitsmarkt wider. Junge Menschen, die komplett außerhalb des Arbeitsmarkts und des Bildungssystems sind, befinden sich in einer sehr prekären Lage, die die Zukunftschancen der Betroffenen extrem beschränkt. Zwar ist die Quote im Vergleich zur Vorjahresuntersuchung (18,0 Prozent) leicht zurückgegangen, doch im Jahr 2008 lag die Zahl noch bei „lediglich“ 15,0 Prozent. Besonders problematisch stellt sich die Situation noch immer in den südeuropäischen Ländern Italien, Griechenland, Kroatien, Zypern und Spanien dar – trotz eines zuletzt auch hier rückläufigen Trends. In Spanien sind mehr als ein Fünftel (22,2 Prozent) der jungen Menschen so genannte „NEETs“, in Italien, dem Schlusslicht bei diesem Indikator, sogar fast ein Drittel (31,1 Prozent). Die jeweiligen Jugendarbeitslosenraten in diesen Staaten liegen sogar noch höher: In Spanien und Griechenland liegt die Jugendarbeitslosigkeit immer noch bei fast 50 Prozent (Griechenland: 49,8 %; Spanien: 48,3), und auch in Italien ist die Quote trotz eines leichten Rückgangs gegenüber dem Vorjahr mit 40,3 % immer noch doppelt so hoch wie im Jahr 2008. Im Kontrast zu den südeuropäischen Staaten finden sich die niedrigsten NEET-Raten in den Niederlanden (7,2 Prozent), Luxemburg (8,8 Prozent) und Deutschland (9,3 Prozent). Deutschland ist eines der wenigen Länder, die sich gegenüber dem Jahr 2008 substanziell verbessern konnten.

Weniger einheitlich (im Sinne des meist zu beobachtenden Nord-Süd-Gefälles) ist die Länderverteilung beim Indikator „Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds auf den Bildungserfolg“. Hier sind traditionell Länder wie Finnland und Estland besonders gut aufgestellt, indem deren Bildungssysteme es ermöglichen, dass Kinder auch aus sozial schwachen Elternhäusern ähnlich gute Chancen haben wie Kinder aus sozial besser gestellten Elternhäusern. Bemerkenswerterweise schneiden aber auch Zypern und Italien in dieser Hinsicht gut ab. Allerdings ist die Bildungsqualität in Finnland und Estland gemessen an den PISA-Ergebnissen der Schülerrinnen und Schüler höher. Gerade diese beiden Länder zeigen damit, dass Gerechtigkeit und Qualität im Bildungssystem Hand in Hand gehen können. Die größten Defizite bei der Frage des Zusammenhangs zwischen sozialem Hintergrund und Lernerfolg weisen dagegen Ungarn, Frankreich, Bulgarien und die Slowakei auf.

Auch bei der Zahl der frühzeitigen Schulabgänger (Early School Leavers) zeigen sich erhebliche Diskrepanzen: Während Kroatien, Slowenien, Zypern, Polen und Litauen eine Rate von unter 6 Prozent vorweisen können, liegen die entsprechenden Werte für Malta und Spanien zuletzt immer noch bei knapp 20 Prozent. Immerhin aber ist der langfristige Trend positiv. Mit einer EU-weiten Quote von 11,0 Prozent ist das EU 2020 Ziel zumindest nicht mehr allzu weit entfernt.

#### *4. Steigende Schulden, alternde Bevölkerungen, stagnierende Zukunftsinvestitionen – Europa muss sich deutlich mehr um die Chancen von Kindern und Jugendlichen kümmern*

Insgesamt zeigt der Ländervergleich, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten besondere Anstrengungen unternehmen müssen, um gerade die Chancen der Kinder und jungen Menschen nachhaltig zu verbessern. Die Gerechtigkeit zwischen den Generationen hat sich innerhalb der EU kaum spürbar verbessert. Neben der bereits erwähnten Kluft zwischen Jung und Alt in Sachen Armuts- und Exklusionsrisiko und dem noch immer extrem hohen Niveau bei der

Jugendarbeitslosigkeit und den so genannten NEET-Rates verschärft auch eine weiter steigende Verschuldung die Ungerechtigkeit zwischen den Generationen.

Auch bei der Bekämpfung der nach wie vor hohen Staatsverschuldung kommen die EU-Mitgliedsstaaten – trotz des starken Politikfokus auf Budget-Konsolidierung – kaum voran. Lediglich Deutschland kann hier starke Fortschritte vermelden. So sank der Gesamtschuldenstand um zehn Prozentpunkte von 81 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung im Jahre 2010 auf 71 Prozent im Jahre 2015. Durchschnittlich sind die jeweiligen nationalen Schuldenstände von 62,6 Prozent im Jahr 2008 auf nun 87,4 Prozent angestiegen. Die südeuropäischen Krisenstaaten Portugal, Italien und Griechenland sind inzwischen jeweils mit zwischen 128 Prozent (Portugal) und 178 Prozent (Griechenland) ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung verschuldet, auch wenn die Haushaltsdefizite im Zuge der harten Sparpolitik zurückgefahren werden konnten. In Zypern hat sich der Schuldenstand zwischen 2008 (44 Prozent) und 2015 (108 Prozent) sogar mehr als verdoppelt. Die fiskalischen Lasten für die heute jungen Menschen sowie für künftige Generationen sind in diesen Ländern damit immens. Gleichzeitig wurden im EU-Durchschnitt die Investitionen in Forschung und Entwicklung im Vergleich zur Vorjahresuntersuchung nicht erhöht.

Der demographische Wandel wird in vielen EU-Staaten den Druck auf die Finanzierbarkeit sozialer Sicherungssysteme weiter erhöhen. In dieser Situation kommt es besonders darauf an, Rentensysteme fit für die Zukunft zu machen und dabei die Perspektive der Generationengerechtigkeit nicht aus dem Blick zu verlieren. Armutsfestigkeit und Generationengerechtigkeit müssen tragende Säulen zukünftiger Rentenreformen werden. Rentenreformen, wie sie in der letzten Untersuchungsperiode etwa in Deutschland vorgenommen worden sind, gehen aber deutlich auf Kosten der jüngeren Generationen und bieten keinen ausreichenden Schutz gegen Altersarmut. Aus diesem Grund zählt Deutschland zu den Ländern, die sich in Sachen Generationengerechtigkeit in den letzten Jahren am stärksten verschlechtert haben.

##### *5. Eine investive Sozialpolitik befördert nachhaltiges Wachstum*

Eine investiv und vorausschauend verstandene Sozialpolitik ist eine wichtige Voraussetzung für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum. Sie dämpft die negativen Wirkungen von Konjunkturzyklen. Intelligent ausgestaltet verbessert sie die Matchingprozesse von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt. Die negativen Folgen von Alterungsprozessen auf das Wirtschaftswachstum können abgemildert werden. Mehrere einschlägige Studien (OECD 2015, Ostry et al. 2014) haben in jüngster Zeit bestätigt, dass sich eine wachsende Ungleichheit negativ auf langfristiges Wirtschaftswachstum auswirkt. Aus diesem Grunde bedarf es einer integrierten langfristigen Strategie, die dem potentiellen Positiv-Summen-Verhältnis zwischen einem hohen Maß an sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Prosperität Rechnung trägt. Wichtig ist daher, dass – wie von der EU-Kommission angekündigt – im Rahmen der makroökonomischen Koordinierungsprozesse auf europäischer Ebene auch den Sozialindikatoren künftig größeres Gewicht beigemessen wird.

Insgesamt bedarf es eines multidimensionalen Ansatzes, um für mehr Teilhabegerechtigkeit in Europa zu sorgen.<sup>3</sup> Es gibt ganz sicher nicht das eine Patentrezept, das alle Probleme lösen würde. Und angesichts sehr unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatssysteme und -verständnisse in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten müssen die jeweiligen Regierungen immer kontextsensitive Lösungen finden. Allerdings können die Dimensionen des Gerechtigkeitsindex sehr wohl als

---

<sup>3</sup> See in this regard also Schraad-Tischler 2015.

allgemeine Orientierungshilfe dienen, um konkrete Reformnotwendigkeiten in besonders wichtigen Bereichen zu identifizieren. Zur Förderung sozialer Gerechtigkeit und inklusiven Wachstums in der EU sind folgende Aspekte von besonderer Bedeutung:

- **Armutsvermeidung:** Die Bekämpfung von Kinderarmut muss in der EU und ihren Mitgliedstaaten oberste Priorität haben. Insbesondere die nordeuropäischen Staaten zeigen, dass Kinderarmut durchaus wirksam bekämpft werden kann, wenn sozial benachteiligte Gruppen durch ein funktionierendes Steuer- und Transfersystem gezielte Unterstützung erhalten. Allerdings ist die Vermeidung von Kinderarmut nicht nur eine Frage finanzieller Unterstützung (etwa durch Wohngeld, Kindergeld oder entsprechende Steuerfreibeträge für Familien), sondern hängt stark auch von richtigen Weichenstellungen in anderen Bereichen ab – insbesondere in den Feldern Bildung und Arbeitsmarkt.
- **Gerechter Zugang zu Bildung:** Investitionen in eine qualitative hochwertige frühkindliche Bildung sind ein Schlüsselinstrument, um für gleiche Teilhabechancen zu sorgen. Darüber hinaus zeigen viele Studien, dass integrative Schulsysteme, in denen Schülerinnen und Schüler lange gemeinsam lernen und nicht schon nach wenigen Jahren in unterschiedliche Schulformen aufgeteilt werden, die bessere Alternative mit Blick auf individuellen Lernerfolg und Bildungsgerechtigkeit sind. Ein weiteres effektives Mittel, um für mehr Qualität und Gerechtigkeit im Bildungswesen zu sorgen, kann darin bestehen, hochqualifizierte Lehrer gezielt in Brennpunktschulen zu beschäftigen und eine individuelle Unterstützung von Kindern mit Förderbedarf zu ermöglichen. Generell ist es wichtig, den negativen Einfluss des sozioökonomischen Hintergrunds auf den Lernerfolg dadurch zu minimieren, dass sozial schwächere Familien gezielte Unterstützung erhalten, um in gute Bildung investieren zu können, etwa durch die Senkung von Gebühren für Kitas und Ganztagschulen.
- **Zugang zum Arbeitsmarkt:** Zugang zum Arbeitsmarkt: Fast alle Staaten der EU müssen sich der Herausforderung annehmen, Anreize für ein hohes Beschäftigungsniveau zu schaffen und gleichzeitig den sozialen Aufstieg aus prekären Anstellungsverhältnissen in sichere Beschäftigungsverhältnisse zu gewährleisten. Dabei sind die Regierungen gefragt, gezielt in Weiterbildungsmaßnahmen für gering qualifizierte Menschen zu investieren, die überproportional von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind – einem der Haupttreiber für Armut. Rund 11 Millionen Menschen in der EU sind seit mehr als einem Jahr arbeitslos. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen hat sich zwischen 2007 und 2015 verdoppelt und entspricht nun rund der Hälfte der arbeitslosen Menschen insgesamt (48,1 %). Auch bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die nicht nur ein gravierendes Problem in den südeuropäischen Krisenstaaten ist, müssen die EU-Mitgliedstaaten noch größere Anstrengungen unternehmen. Es gilt, die berufliche Ausbildung zu verbessern, die Anzahl der Schulabbrecher zu reduzieren und den Übergang vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Nicht selten besteht eine große Diskrepanz zwischen den Anforderungen des Arbeitsmarktes und den Qualifikationen, die das Bildungssystem bereitstellt. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die kürzlich von der EU gestartete „Jugendbeschäftigungsinitiative“ zusammen mit der „Jugendgarantie“, deren Umsetzung die Mitgliedstaaten mit ausreichenden finanziellen Mitteln vorantreiben sollten. Auch eine verbesserte grenzüberschreitende Mobilität von Arbeitskräften ist wichtig, um die Lücke zwischen vakanten Stellen (die weiterhin existieren) und der großen



Anzahl an Arbeitslosen zu schließen. Dazu bedarf eines effizienten grenzüberschreitenden Ansatzes, der eine verbesserte Kooperation nationaler Arbeitsagenturen, den Abbau bürokratischer Hürden bei der gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen sowie beim Transfer von Sozialversicherungsansprüchen in andere EU-Länder umschließen sollte.

Und nicht zuletzt: Neben den besonders betroffenen Gruppen Geringqualifizierter und junger Menschen sehen sich auch Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund sowie ältere Arbeitnehmer mit ungleichen Zugangschancen zum Arbeitsmarkt konfrontiert. Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Bekämpfung von Diskriminierungen am Arbeitsplatz, die Verwirklichung des Prinzips gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit sowie Angebote für lebenslanges Lernen sind wichtige Ansatzpunkte, um hier für Verbesserungen zu sorgen.

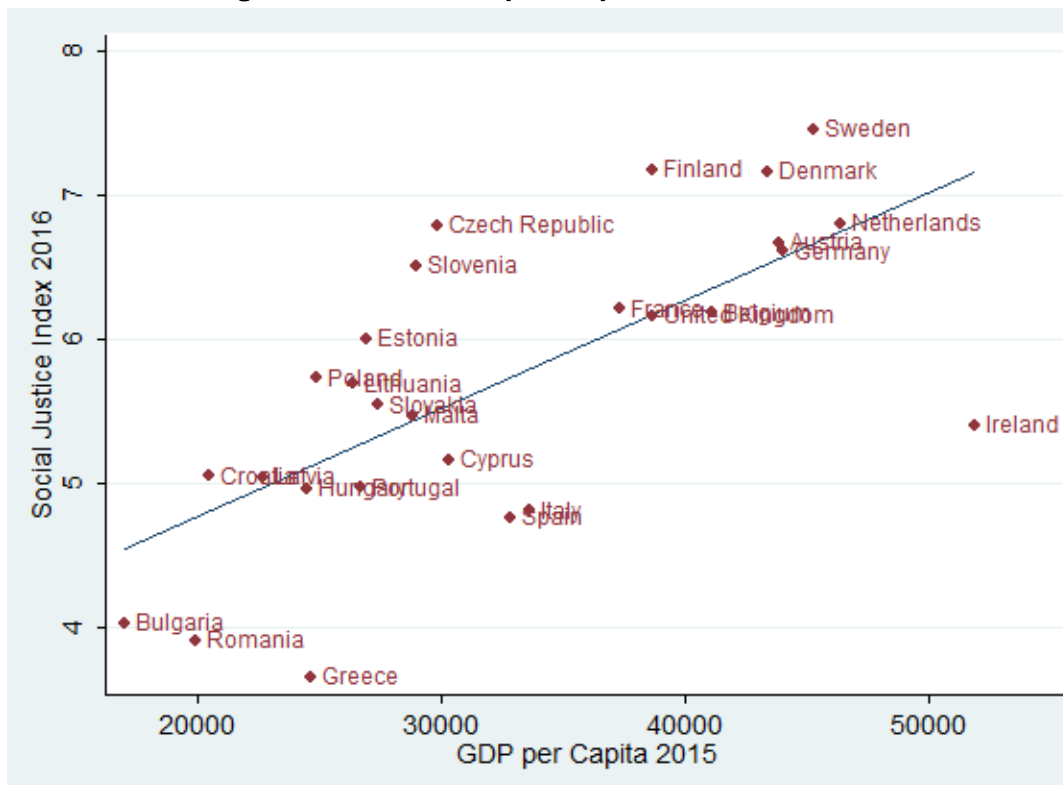
- Soziale Kohäsion und Nicht-Diskriminierung: Große ökonomische und soziale Ungleichheiten beeinträchtigen nicht nur nachhaltiges Wachstum, sondern wirken sich auch negativ auf den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft aus. Um die Chancengleichheit zu erhöhen, ist eine effektive Antidiskriminierungsgesetzgebung (und ihre Implementierung) ein entscheidender Faktor. Eine vorbildliche Anti-Diskriminierungspolitik weisen beispielsweise Irland, Schweden und die Niederlande auf. Darüber hinaus ist eine kohärente und wirkungsvolle Integrations- und Immigrationspolitik unerlässlich – auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. So sind die meisten Staaten der EU ökonomisch verstärkt auf Zuwanderung angewiesen, um negative ökonomische Effekte – bedingt durch die Alterung der Gesellschaft – auszugleichen. Integrationspolitik muss daher auf gleichberechtigte Zugangschancen von Migrantinnen und Migranten zu Arbeit und Bildung hinwirken und effektive Wege bei Fragen der Familienzusammenführung, Ausweitung der politischen Teilhabechancen sowie zur Erlangung der Staatsangehörigkeit eröffnen. Wenn die EU-Staaten eine entsprechende Integrationspolitik realisieren und solidarisch handeln würden, könnte die derzeitige Flüchtlingskrise durchaus auch zu einer Chance für Europa werden.
- Gesundheit: Schlechte Gesundheitszustände und gesundheitsbezogene Ungleichheiten generieren hohe soziale und ökonomische Kosten. Es ist daher notwendig, dass gesundheitspolitische Maßnahmen auf eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung für den größtmöglichen Teil der Bevölkerung zu möglichst geringen Kosten zielen. Vor allem Luxemburg, die Niederlande und Belgien zeigen sich hierbei erfolgreich. Neben politischen Maßnahmen zur Gestaltung gleicher Zugangschancen sollte ein weiterer Fokus auch auf dem Aspekt der Prävention liegen. Durch effektive Gesundheitsvorsorge werden Gesundheitssysteme finanziell erheblich entlastet und individuelle Gesundheitszustände verbessert. Insgesamt ist in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilhabe nicht nur durch strukturelle Ungerechtigkeiten eines Gesundheitssystems begrenzt werden können, sondern auch durch den jeweiligen individuellen Gesundheitszustand, welcher wiederum auch vom Faktor gesunder oder ungesunder Lebensführung abhängt.
- Generationengerechtigkeit: Vor dem Hintergrund der vorliegenden Untersuchung lassen sich verschiedene politische Maßnahmen zusammenfassen, um Generationengerechtigkeit zu fördern: Verbesserte Möglichkeiten für Familien durch Investitionen

in die Infrastruktur der Kinderbetreuung, Reduzierung der öffentlichen Verschuldung und die Ausweitung des Anteils an erneuerbaren Energien. Mit Blick auf generationengerechtes politisches Handeln stechen insbesondere die nordischen Staaten hervor, indem ihre politischen Strategien junge Menschen und Familien durch vorbildliche vorschulische, Ganztags- und frei gestaltbare Elternzeitangebote unterstützen. Ihr erfolgreicher Ansatz zur Vereinbarkeit von Kindererziehung und Arbeitsleben bietet dabei ein Vorbild für politische Reformen in anderen Ländern.

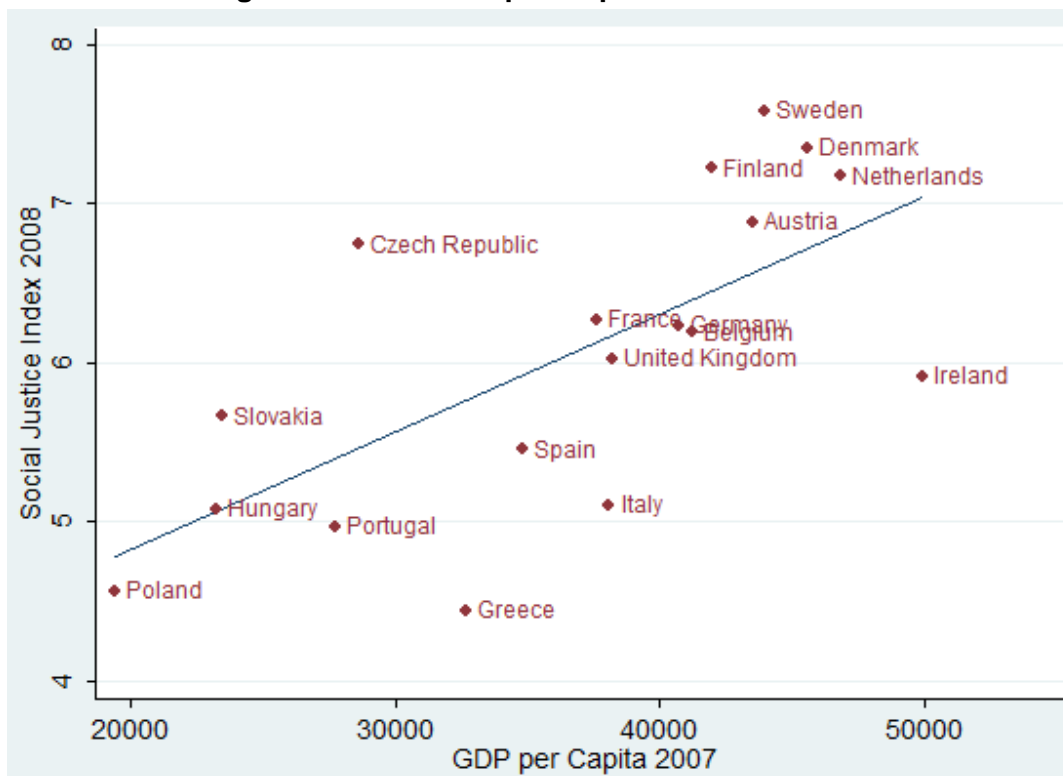
Die hier beschriebenen Dimensionen und politischen Handlungsfelder zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit hängen wechselseitig zusammen und bedingen sich oft gegenseitig: Geringe Bildungschancen ziehen geringere Aussichten am Arbeitsmarkt nach sich und somit auch geringere Möglichkeiten, ein höheres Einkommen zu erwirtschaften, Eltern mit geringen Einkommen können wiederum weniger in die Bildung ihrer Kinder investieren – folglich besteht die Gefahr eines Teufelskreises. Deshalb müssen die EU-Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen einen ganzheitlichen Blick auf die Ursachen für soziale Ungerechtigkeit, ihre Auswirkungen und ihre politischen Interventionsmöglichkeiten einnehmen. Denn eines ist gewiss: Soziale Gerechtigkeit stellt sich nicht allein durch wirtschaftlichen Wohlstand und ökonomische Leistungsfähigkeit ein. Die Verteilung der Länder in den folgenden zwei Grafiken verdeutlicht diesen Aspekt.

Staaten wie Tschechien, Slowenien und Estland schaffen es, ein vergleichsweise hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit zu realisieren, obwohl ihre Wirtschaftsleistung nur mittelmäßig ist. Diese Länder unterstreichen damit, dass effektive politische Interventionen eine entscheidende Rolle spielen, um soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Während Estland vor allem in den Bereichen Bildung und Generationengerechtigkeit herausragt, sticht Tschechien bei der Vorbeugung von Armut hervor. Im Gegensatz dazu weist Irland ein hohes Bruttoinlandsprodukt pro Kopf vor, bleibt jedoch unterdurchschnittlich in Sachen sozialer Gerechtigkeit.

### Soziale Gerechtigkeit 2016 und BIP pro Kopf



### Soziale Gerechtigkeit 2008 und BIP pro Kopf



## Der Social Justice Index – Teilhabechancen im internationalen Vergleich messen

Mit dem EU-Gerechtigkeitsindex untersucht die Bertelsmann Stiftung jährlich anhand von 36 Kriterien die Teilhabechancen in den 28 EU-Mitgliedstaaten. Hierbei werden sechs verschiedene Dimensionen sozialer Gerechtigkeit betrachtet: Armut, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Generationengerechtigkeit sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt und Nicht-Diskriminierung. Die Datenerhebung für den SJI 2016 wurde am 27. Oktober 2016 abgeschlossen.

Dimensions and indicators of the index



Source: Schraad-Tischler/Kroll, 2014.

| BertelsmannStiftung

**Ansprechpartner: Dr. Daniel Schraad-Tischler, Senior Expert**

**Telefon: 05241 81-81240**

**E-Mail: [daniel.schraad-tischler@bertelsmann-stiftung.de](mailto:daniel.schraad-tischler@bertelsmann-stiftung.de)**

**Dr. Christof Schiller, Projektmanager**

**Telefon: 05241 81-81470**

**E-Mail: [christof.schiller@bertelsmann-stiftung.de](mailto:christof.schiller@bertelsmann-stiftung.de)**

Den kompletten Bericht sowie Grafiken finden Sie unter [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de) und [www.sgi-network.org](http://www.sgi-network.org).